

Teilprojekt B5

**Partizipation und Legitimation
in internationalen Organisationen**

3.1 Allgemeine Angaben zu Teilprojekt B5

3.1.1 Titel

Partizipation und Legitimation in internationalen Organisationen

3.1.2 Fachgebiet und Arbeitsrichtung

Politikwissenschaft

3.1.3 Leiter

Prof. Dr. Patrizia Nanz
geb. 9. Juli 1965
Zentrum für Europäische Rechtspolitik
Universität Bremen
Universitätsallee GW1
28359 Bremen
Tel.: 0421/218-2247 (Skr.)
E-Mail: pnanz@gsss.uni-bremen.de

Dr. Jens Steffek
geb. 21. April 1972
Sfb „Staatlichkeit im Wandel“
Universität Bremen
Linzer Str. 9A
28334 Bremen
Tel. 0421/218-8727
E-Mail: jens.steffek@sfb597.uni-bremen.de

Die erstgenannte Teilprojektleiterin ist unbefristet eingestellt. Die Einstellung des Zweitgenannten ist bis zum Ende der zweiten Phase gesichert.

3.1.4 Erklärung

In dem Teilprojekt sind keine Untersuchungen am Menschen, Studien im Bereich der somatischen Zell- und Gentherapie, Tierversuche oder gentechnologische Untersuchungen vorgesehen.

3.1.5 Bisherige und beantragte Förderung des Teilprojektes im Rahmen des Sonderforschungsbereichs (Ergänzungsausstattung)

Das Teilprojekt wird seit Januar 2003 im Sonderforschungsbereich gefördert.

| Haushaltsjahr | | Personalmittel | Sachmittel | Investitionsmittel | Gesamt |
|----------------------|--------------------|----------------|-------------|--------------------|--------------|
| Bisherige Förderung | 2003 | 84,0 | 5,7 | – | 89,7 |
| | 2004 | 86,4 | 6,5 | – | 92,9 |
| | 2005 | 86,4 | 19,3 | – | 105,7 |
| | 2006 | 88,2 | 19,8 | – | 108,0 |
| | Σ 2003-2006 | 345,0 | 51,3 | – | 396,3 |
| Beantragte Förderung | 2007 | 106,2 | 2,1 | – | 108,3 |
| | 2008 | 106,2 | 8,6 | – | 114,8 |
| | 2009 | 106,2 | 7,8 | – | 114,0 |
| | 2010 | 106,2 | 1,8 | – | 108,0 |
| | Σ 2007-2010 | 424,8 | 20,3 | – | 445,1 |

(Beträge in 1000 €)

3.2 Zusammenfassung

Kurzfassung

Dieses Projekt beschäftigt sich mit den Möglichkeiten legitimen Regierens jenseits des demokratischen Nationalstaats. Es analysiert dabei insbesondere die Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure an politischen Beratungsprozessen auf der inter- und supranationalen Ebene. In der zweiten Projektphase soll schwerpunktmäßig untersucht werden, ob die transnational organisierte Zivilgesellschaft tatsächlich Anliegen und Interessen von Bürgern in diese politischen Beratungsprozesse einbringt.

Langfassung

Gegenstand dieses Projektes ist die mögliche Herausbildung von Merkmalen legitimen Regierens auf der inter- und supranationalen Ebene. Ist die Verlagerung politischer Entscheidungsgewalt aus dem Demokratischen Rechts- und Interventionsstaat (DRIS) heraus als Nettoverlust an demokratischer Legitimität zu deuten, oder gibt es Chancen für eine „nachholende Demokratisierung“ europäischen und internationalen Regierens? Unter welchen Bedingungen können sich Elemente demokratisch legitimer Staatlichkeit jenseits des DRIS neu herausbilden? Das Projekt leistet einen eigenständigen Beitrag zu der Debatte um das Demokratiedefizit internationalisierten Regierens, indem es aus einer normativen Perspektive das Legitimationspotential untersucht, das in der Partizipation zivilgesellschaftlicher Akteure an politischen Beratungsprozessen liegt. In der ersten Projektphase wurden dazu verschiedene institutionelle Mechanismen der Partizipation von Nichtregierungs-Akteuren in internationalen Organisationen untersucht. Dabei wurden erhebliche Defizite im Hinblick auf die rechtliche Absicherung ihres Zugangs und eine geringe Responsivität gegenüber zivilgesellschaftlich vorgebrachten Anliegen festgestellt. In der zweiten Phase sollen zunächst die beschriebenen Partizipationsmuster und -defizite erklärt werden. Zudem sollen zivilgesellschaftliche Organisationen selbst in den Mittelpunkt der Untersuchung rücken. Bringt die organisierte Zivilgesellschaft tatsächlich Anliegen und Interessen von Bürgern in politische Beratungsprozesse auf der internationalen Ebene ein?

| Erste Phase (2003-2006) <i>Ergebnisse</i> | Zweite Phase (2007-2010) | Dritte Phase (2011-2014) |
|--|---|---|
| Beschreibung verschiedener Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation in internationalen Organisationen/Regimen und der EU. Ergebnis: bestehende Partizipationsformen bleiben aus normativer Sicht defizitär, bei starker Varianz zwischen Politikfeldern. | Erklärung der bestehenden Muster und Defizite zivilgesellschaftlicher Partizipation. Analyse der Legitimität zivilgesellschaftlicher Organisationen als mögliche Übermittler von Interessen und Anliegen der Bürger in vier Politikfeldern des internationalisierten Regierens. | Analyse der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure für die Entwicklung einer globalen politischen Öffentlichkeit. Zudem abschließende Bewertung des Legitimationspotentials und Weiterentwicklung erfolgreicher Partizipationsmodelle als Policy-Empfehlungen. |

3.3 Bericht über die bisherige Entwicklung des Teilprojekts

3.3.1 *Bericht*

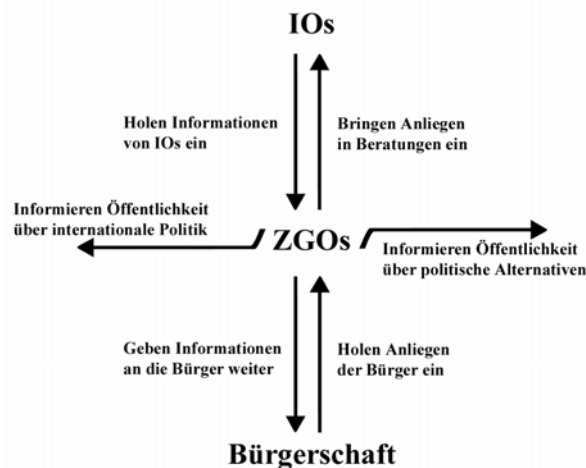
Das Projekt B5 befasst sich mit dem Wandel von Staatlichkeit in der Legitimationsdimension. Der Ausgangspunkt der Untersuchung liegt dabei in der verstärkten Internationalisierung politischer Entscheidungskompetenzen, die die Epoche seit 1970 gekennzeichnet hat. Diese Verlagerung von Entscheidungskompetenzen aus dem DRIS heraus bedeutet auch eine Entmachtung nationaler Parlamente und wird daher gemeinhin als klarer Verlust an demokratischer Legitimität von Regierungen interpretiert. In vielen Politikfeldern ist der DRIS inzwischen an Regeln gebunden, die in internationalen Organisationen und (im Falle europäischer Staaten) in der Europäischen Union gesetzt wurden. Vor diesem Hintergrund hat sich das Projekt B5 vorgenommen, das Potential für eine „nachholende Demokratisierung“ der bereits auf die internationale Ebene verlagerten Entscheidungsprozesse zu untersuchen. Gibt es Anzeichen dafür, dass sich ein Kernelement moderner Staatlichkeit, die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen, jenseits der Staatsgrenzen neu herausbilden kann?

Das Projekt geht von der demokratietheoretischen Prämisse aus, dass politische Regelsetzung auf internationaler Ebene an demokratischer Legitimität gewinnen kann, wenn die Anliegen und Interessen der Regelungs-betroffenen verstärkt in den Beratungs- und Entscheidungsprozess aufgenommen werden (Nanz 2006; Nanz & Steffek **2005c** [18]¹, **2006a** [19]). Dabei kommt der organisierten Zivilgesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Zivilgesellschaftliche Organisationen (ZGOs) können Anliegen und Interessen von Bürgern direkt an internationale Organisationen (IOs) übermitteln und sind damit eine wichtige Ergänzung zur territorial fragmentierten Interessenrepräsentation durch Regierungsvertreter (Nanz & Steffek **2004** [2]). Wir sprechen hier metaphorisch von ZGOs als einem „Transmissionsriemen“, der Anliegen von der gesellschaftlichen Ebene aufnimmt und diese unter Umgehung der Regierungsebene direkt zu den IOs trägt (**2004** [2], 323). Dieser Transmissionsriemen befördert nun nicht nur politische Anliegen „von unten nach oben“. Er kann auch in die umgekehrte Richtung laufen, indem aktuelle, politisch relevante Informationen aus den Foren internationalisierten Regierens zurück an die zivilgesellschaftliche Basis getragen werden. Neben dieser vertikalen Vermittlungsfunktion spielen ZGOs auch eine potenziell wichtige Rolle bei der Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit. Sie informieren die Medien sowohl über Entwicklungen in der internationalen Politik als auch über mögliche Alternativen dazu, die

¹ Zitierte Literatur mit **fett** gesetzter Jahreszahl findet sich nur unter 3.3.2 und nicht am Ende des Antrags im Literaturverzeichnis. Um das Auffinden zu vereinfachen, sind die Nummern aus 3.3.2 jeweils beim Zitat in [eckigen] Klammern angefügt.

von der zivilgesellschaftlichen Ebene stammen. Abbildung 1 fasst die verschiedenen Funktionen von ZGOs überblicksartig zusammen.

Abbildung 1: ZGOs als Transmissionsriemen zwischen IOs, der Weltbürger-schaft und den Medien – ein normatives Modell



Das vorliegende Projekt hat das Ziel, zu untersuchen, ob dieser modellhaft angenommene Transmissionsriemen empirisch tatsächlich funktioniert und ob dies als Zuwachs an demokratischer Qualität von internationalisiertem Regieren gewertet werden kann. Von einer Erhöhung der demokratischen Legitimität internationalen Regierens können wir schließlich nur dann sprechen, wenn die empirisch vorgefundenen Mechanismen bestimmten normativen Kriterien genügen. Ein Beispiel: Wohlorganisierte Lobbyarbeit durch mächtige Wirtschaftsverbände wäre für sich allein genommen kein Zugewinn an demokratischer Qualität. Werden Wirtschaftsinteressen dagegen durch ebenfalls zivilgesellschaftlich vermittelte soziale und ökologische Anliegen konterkariert und werden diese in einem inklusiven Beratungsprozess fair gegeneinander abgewogen, so wäre dies durchaus als ein Zugewinn an demokratischer Qualität zu deuten.

Das Projekt B5 hat somit eine beschreibend-bewertende Doppelstruktur, die in allen Phasen des Forschungsprogramms zum Ausdruck kommt. In der ersten Phase haben wir uns empirisch auf die institutionellen Mechanismen konzentriert, mit denen ZGOs in die Arbeit internationaler Organisationen eingebunden werden. In der zweiten Phase werden wir uns den Mechanismen widmen, mit denen ZGOs ihre bürgerschaftliche Basis konsultieren. In der dritten Phase wird die potenziell öffentlichkeitschaffende Funktion der ZGOs im Mittelpunkt stehen.

In der ersten Phase wurde untersucht, wie die institutionellen Mechanismen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft bei IOs funktionieren und wie sie normativ zu bewerten sind. Können diese institutionellen Arrangements sicherstellen, dass von zivilgesellschaftlichen Organisationen formulierte und vorgebrachte Anliegen in den Beratungs- und Entscheidungsprozess eingehen? Genügen sie, zweitens, den normativen Anforderungen an demokratische Partizipation? Unsere Kriterien zur Bewertung des Demokratisierungspotentials von Partizipationsmechanismen sind Zugang, Transparenz, Responsivität und Inklusion (Nanz & Steffek **2005a** [1]). Um einen Überblick über die globale Partizipationslandschaft zu gewinnen, wurden in der ersten Projektphase zunächst bestehende Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung bei 32 internationalen Organisationen/Regimen und in der EU im Hinblick auf formale Zugangsregeln für ZGOs und Transparenz des politischen Prozesses untersucht.

Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme lassen sich wie folgt umreißen. Allgemein gibt es seit den 1990er Jahren einen deutlichen Trend zu einer verstärkten zivilgesellschaftlichen Beteiligung an internationalisiertem Regieren (Steffek u.a. **2006** [3]). Gleichzeitig wurden viele, wenn auch nicht alle IOs, nach außen hin transparenter. Außerdem wurde eine zunehmende Formalisierung der Beziehungen zwischen IOs und ZGOs beobachtet, die auch Auswirkungen auf den Rechtsstatus von ZGOs hat (Kissling **2006a** [6]). Die Intensität der zivilgesellschaftlichen Partizipation ist jedoch nicht in allen Politikfeldern gleich. Tabelle 1 verdeutlicht, dass IOs in Politikfeldern wie Sicherheit und Finanzen der Zivilgesellschaft nur geringe Partizipationsrechte einräumen, während etwa IOs aus den Bereichen Umweltschutz, Menschenrechte und Entwicklung sehr offen für ZGOs sind (Mayer **2006** [10]; Steffek & Nanz **2006** [5]).

Tabelle 1: Partizipationsrechte für ZGOs nach Politikfeld

| | |
|---|--|
| 1. Sicherheit | 2. Handel und Wirtschaft |
| Generell wenig Partizipationsrechte, mit Ausnahme von Peace-Building Aktivitäten | Deutlich variierende Partizipationsrechte, keine eindeutige Tendenz |
| 3. Umweltschutz | 4. Entwicklung |
| Starke Partizipationsrechte in allen untersuchten Fällen | Starke Partizipationsrechte, insbesondere in der Projektimplementierung |
| 5. Menschenrechte | 6. Währung und Finanzen |
| Starke Partizipationsrechte, insbesondere im Bereich des Monitoring | Sehr schwache bis gar keine Partizipationsrechte |

Unsere Bestandsaufnahme dokumentiert jedoch nicht nur beachtliche Varianz zwischen Politikfeldern, sondern auch zwischen den einzelnen Institutionen und Prozeduren zur Einbindung von ZGOs. Diese reichen von gelegentlichen *Outreach-Meetings* und Symposien (wie etwa in der WTO, Steffek & Kissling **2006b** [21])

über permanente Mitarbeit in Ausschüssen mit gesichertem Rederecht (wie etwa in der WIPO) bis hin zu vollwertiger Partizipation mit Stimmrecht (Begleitausschüsse der EU-Strukturfonds, Kamlage **2006** [13]). Es gibt in der Praxis also eine große Vielfalt an Beteiligungsinstrumenten, die den zivilgesellschaftlichen Akteuren jeweils sehr unterschiedliche Teilnahmerechte einräumen.

Diese rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sind bereits ein wichtiger Faktor zur Beurteilung der demokratischen Qualität von Beteiligungsmechanismen. Ein weiteres und ganz entscheidendes Kriterium ist jedoch die Frage, ob die von ZGOs vorgebrachten Anliegen auch wirklich in den Beratungsprozess der Regierungsvertreter eingehen, die nach wie vor die alleinige Entscheidungskompetenz haben. Dies konnte nur durch vertiefte Fallstudien geklärt werden, in denen einzelne Beratungsprozesse diskursanalytisch untersucht wurden. Um der enormen Varianz der institutionellen Beteiligungsmechanismen Rechnung zu tragen wurde die Auswahl dieser vertieften Fallstudien gegenüber dem ursprünglichen Antrag angepasst und die Anzahl der Fallstudien auf fünf erhöht.²

In den Ergebnissen aller vertieften Fallstudien zeichnen sich einige aus normativer Sicht problematische Befunde ab. Neben Defiziten bei Zugang und Transparenz ist insbesondere die Responsivität der Regierungsakteure gegenüber zivilgesellschaftlich vorgebrachten Anliegen als gering zu bewerten (Dany **2006b** [7]; Friedrich **2006** [12]; Friedrich & Nanz **2006** [22]). Dies hat beispielsweise in der WTO dazu geführt, dass sich viele ZGOs auf öffentlichkeitswirksame Kampagnenarbeit verlegen, anstatt den Dialog mit der Organisation zu suchen (Steffek & Ehling **2006** [9]). Im Fall der Europäischen Union ergab die Analyse der zivilgesellschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten zunächst die Notwendigkeit einer stärkeren Differenzierung (Ozcurumez **2006** [11]). Politikbereiche des ersten „vergemeinschafteten“ Pfeilers müssen unterschieden werden von den stark intergouvernemental geprägten Politikbereichen des zweiten und dritten Pfeilers. Diese bieten der Zivilgesellschaft deutlich schlechtere Partizipationschancen als die vergemeinschafteten Bereiche. Generell nehmen in der EU die Chancen der ZGOs, für ihre Anliegen Gehör zu finden, mit dem Fortschritt des Beratungsprozesses deutlich ab. Je näher

² Im ursprünglichen Antrag waren die EU und die Weltbank als vertiefte Fallstudien vorgesehen. Bei der Weltbank findet ZGO-Beteiligung in erster Linie während der Implementierung und Evaluation von Bankprojekten statt, und das bedeutet vor Ort in Entwicklungsländern. Damit fallen diese Beteiligungsformen komplett aus der „OECD-Welt“, die im Zentrum des Sfb steht, heraus. Zudem betrifft zivilgesellschaftliche Beteiligung in der Weltbank weniger den Prozess der globalen Gesetzgebung, der im Mittelpunkt dieses Projektes steht. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, stattdessen die WTO zu studieren, bei der ZGOs am Regelsetzungsprozess selbst mitwirken. Die fünf vertieften Fallstudien widmen sich zivilgesellschaftlicher Partizipation bei der WTO, der Umweltpolitik der EU (erster Pfeiler), der Asyl- und Einwanderungspolitik der EU (vorwiegend zweiter Pfeiler), dem *World Summit on Information Society* der Vereinten Nationen (WSIS) und den Folgekonferenzen zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NPT-Treaty).

die Entscheidung im Ministerrat rückt, desto weniger Spielraum bleibt für ZGO-Input (Friedrich 2006 [12]). Ganz ähnliche Ergebnisse brachte die Fallstudie zum 2005 zu Ende gegangenen *World Summit on Information Society* (WSIS) der Vereinten Nationen. In diesem Konferenzprozess wurden unter allen untersuchten Fällen der internationalen Zivilgesellschaft die größten formalen Partizipationsrechte eingeräumt (Dany 2006a [15]). Doch auch beim WSIS nahm die Bereitschaft, auf zivilgesellschaftlich vorgebrachte Anliegen einzugehen, mit zunehmender Beratungsdauer ab.

Als zentrales Ergebnis der ersten Phase des Projektes B5 ist also festzuhalten, dass die realen Partizipationsmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft bei IOs in allen bisher untersuchten Fällen defizitär bleiben, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Angesichts dieser Defizite ist der bisherige Zuwachs an demokratischer Legitimität im internationalen Regieren als gering einzuschätzen. Die Herausbildung von Kennzeichen demokratisch-legitimen Regierens jenseits des DRIS ist bisher also nur sehr zögerlich vorangekommen.

3.3.2 Liste der aus dem Teilprojekt seit der letzten Antragstellung entstandenen Publikationen

(I.) Referierte Beiträge für

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

1. Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2005a) Assessing the Democratic Quality of Deliberation – Criteria and Research Strategies, *Acta Politica* 40:3, 368-383
2. Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2004) Global Governance, Participation and the Public Sphere, *Government and Opposition* 39:2, 314-335

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

3. Steffek, Jens, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg. (2006) *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan [Vertrag unterzeichnet, Manuskript abgegeben, erscheint im Herbst 2006]

(c) Sammelbandbeiträge

4. Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2005b) Global Governance, Participation and the Public Sphere, in: David Held & Mathias Koenig-Archibugi, Hg., *Accountability in Global Governance*, Oxford: Blackwell, 190-211 (Wiederabdruck von I, 2)
5. Steffek, Jens & Patrizia Nanz (2006) Emergent Patterns of Civil Society Participation in Global and European Governance, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
6. Kissling, Claudia (2006a) The Evolution of CSOs' Legal Status in International Governance and Its Relevance for the Legitimacy of International Organizations, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European*

- and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
7. Dany, Charlotte (2006b) CSO Impact under Most Favourable Conditions: The World Summit on the Information Society, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
 8. Thomann, Lars (2006) The ILO, Tripartism, and NGOs – Do Too Many Cooks Really Spoil the Broth?, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
 9. Steffek, Jens & Ulrike Ehling (2006) Civil Society Participation at the Margins: The Case of WTO, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
 10. Mayer, Peter (2006) Civil Society Participation in International Security Organizations: The Cases of NATO and OSCE, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
 11. Ozcurumez, Saime (2006) Grand Expectations and Modest Means: An Analysis of Formal Participatory Paths in the EU, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
 12. Friedrich, Dawid (2006) Shaped by the Logic of Policy-Making and the “Volonté Politique”: Participation of CSOs in the EU’s Migration and Environmental Policies, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
 13. Kamlage, Jan-Hendrik (2006) The Legitimacy of Regional Deliberative Bodies: An Assessment of Civil Society Participation in the Implementation of EU Regional Policy, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
 14. Kissling, Claudia, Patrizia Nanz & Jens Steffek (2006) CSOs and the Democratization of International Governance: Prospects and Problems, in: Jens Steffek, Claudia Kissling & Patrizia Nanz, Hg., *Civil Society Participation in European and Global Governance: A Cure for the Democratic Deficit?*, Houndmills: Palgrave Macmillan (i.E.)
- (d) *wesentliche Fachkongresse*
- (e) *Arbeitspapiere*
15. Dany, Charlotte (2006a) The Impact of Participation: How Civil Society Organisations Contribute to the Democratic Quality of the UN World Summit on the Information Society, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper 43)

16. Kissling, Claudia (2006b) *The Legal Status of NGOs in International Governance and its Relevance for the Legitimacy of International Organizations*, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper 38)
17. Steffek, Jens & Claudia Kissling (2006a) „Civil Society Participation in International Governance: The UN and the WTO Compared“, Bremen: Universität, Sfb 597 (TranState Working Paper 42)

II.) Nicht-referierte Beiträge

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

(c) Sammelbandbeiträge

18. Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2005c) *Legitimation durch Deliberation? Die Rolle der Zivilgesellschaft*, in: Michèle Knodt & Barbara Finke, Hg., *Europäische Zivilgesellschaft*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 79-102
19. Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2006a) *Deliberation and Democracy in Global Governance: the Role of Civil Society*, in: Sophie Thoyer & Benoît Martimort-Asso, Hg., *Participation for Sustainability in Trade*, London: Ashgate (i.E.)
20. Nanz, Patrizia (2006) *Democratic Legitimacy and Constitutionalization in Trade Governance. A View from Political Theory*, in: Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg., *Multilevel Trade Governance, Social Regulation and the Constitutionalization of International Trade Law*, Oxford: Hart Publishing (i.E.)
21. Steffek, Jens & Claudia Kissling (2006b) *Why Co-operate? Civil Society Participation at the WTO*, in: Christian Joerges & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg., *Multilevel Trade Governance, Social Regulation and the Constitutionalization of International Trade Law*, Oxford: Hart Publishing (i.E.)
22. Friedrich, Dawid & Patrizia Nanz (2006) *The EU's Civil Society from a Normative-Democratic Point of View: The Case of the EU's Migration Policy*, in: Carlo Ruzza & Vincent della Sala, Hg., *The Empirical Basis of Governance and Civil Society in the EU*, Manchester: Manchester University Press (i.E.)
23. Nanz, Patrizia & Jens Steffek (2006b) *Transnationale Öffentlichkeit, Zivilgesellschaft und die Demokratisierung internationalen Regierens*, in: Peter Niesen, Hg., *Intersubjektivität und internationale Politik*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp (i.E.)

(d) wesentliche Fachkongresse

(e) Arbeitspapiere

III.) Eingereichte Beiträge

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

24. Nanz, Patrizia & Jens Steffek, *Is Civil Society Participation Democratizing International Governance? Results from 32 Cases*, eingereicht bei *International Organization*
25. Kissling, Claudia, *Die Relevanz des völkerrechtlichen Status von Nichtregierungsorganisationen für die Legitimität internationaler Organisationen*, eingereicht bei *Politische Vierteljahresschrift*

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

26. Nanz, Patrizia, The Globalization of Democratic Governance: Participation and Representation in International Governance (book proposal in Begutachtung bei CUP)
27. Steffek, Jens, *Consultation as Ritual? How International Organizations Engage with Civil Society* (book proposal unter Begutachtung bei CUP)
28. Hurrelmann, Achim, Steffen Schneider & Jens Steffek, Hg., *Legitimacy in an Age of Global Politics: Theoretical and Empirical Explorations* (book proposal in Begutachtung bei Palgrave Macmillan)
29. Friedrich, Dawid, *Participatory Governance and Democracy in the European Union. Organised Civil Society in the EU's Policy Processes* (book proposal in Begutachtung bei Palgrave Macmillan)

(c) Sammelbandbeiträge

30. Hurrelmann, Achim, Steffen Schneider & Jens Steffek, Introduction: Legitimacy in an Age of Global Politics, in: Achim Hurrelmann, Steffen Schneider & Jens Steffek, Hg., *Legitimacy in an Age of Global Politics: Theoretical and Empirical Explorations* (book proposal in Begutachtung bei Palgrave Macmillan)
31. Steffek, Jens, Legitimacy in International Politics and the Problem of Consensus, in: Achim Hurrelmann, Steffen Schneider & Jens Steffek, Hg., *Legitimacy in an Age of Global Politics: Theoretical and Empirical Explorations* (book proposal in Begutachtung bei Palgrave Macmillan)

(d) wesentliche Fachkongresse

(e) Arbeitspapiere

(IV.) Einschlägige Parallelveröffentlichungen von Teilprojektmitgliedern

(a) wissenschaftliche Zeitschriften

(b) monographische Reihen (einschließlich book proposals)

(c) Sammelbandbeiträge

(d) wesentliche Fachkongresse

(e) Arbeitspapiere

3.4 Geplante Weiterführung des Teilprojekts (Ziele, Methoden, Arbeitsprogramm)

3.4.1 Forschungsziele

In der zweiten Phase verfolgt das Teilprojekt B5 zwei Ziele. Erstens sollen die empirisch vorgefundenen Muster und Defizite zivilgesellschaftlicher Partizipation bei internationalen Organisationen erklärt werden, die in der ersten Phase umfassend beschrieben wurden. Zweitens soll die Arbeitsweise transnational tätiger ZGOs empirisch untersucht und ihr Beitrag zur Legitimität transnationalen Regierens aus

normativer Perspektive bewertet werden. Im Hinblick auf das phasenübergreifende Transmissionsriemenmodell (siehe Abbildung 1 oben) problematisiert die neue empirische Erhebung in der zweiten Phase vorwiegend den Bereich zwischen ZGOs und Bürgerschaft.

Forschungsziel 1: Erklärung der bestehenden Partizipationsmuster

Die Ergebnisse der ersten Phase haben gezeigt, dass die bestehenden Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung bei internationalen Organisationen aus normativer Sicht defizitär sind. Ein besonders auffälliger Befund war der Mangel an verbrieften Partizipationsrechten für ZGOs in vielen Organisationen und der Mangel an Responsivität gegenüber zivilgesellschaftlich vorgebrachten Anliegen in den vertieft untersuchten Fällen. Außerdem variiert die Intensität der Kooperation von IOs und ZGOs beträchtlich zwischen den einzelnen Regelungsbereichen (siehe Tabelle 1 oben). Daraus ergibt sich nun folgende Forschungsfrage, die einer empirischen Klärung bedarf: Warum variiert ZGO-Beteiligung so deutlich zwischen den einzelnen Politikfeldern und warum werden ZGOs oftmals nur zögerlich an internationalisiertem Regieren beteiligt?

Als analytischen Rahmen zur Beantwortung dieser Frage haben wir am Ende der ersten Projektphase das Modell eines Politikzyklus entworfen, das die Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen und der organisierten Zivilgesellschaft anhand von insgesamt sechs Phasen aufgliedert (Steffek & Kissling 2006b [21]): Agenda-Setting, Recherche/Analyse, Politikformulierung, Verhandlung und Entscheidung, Implementierung, Monitoring und Evaluation. Dieses Modell spezifiziert mögliche Motive für Kooperation auf beiden Seiten (das heißt, in der Zivilgesellschaft und bei IOs) je nach Phase. Wir sprechen dabei in Anlehnung an den metaphorischen Sprachgebrauch der Migrationsforschung von Pull-Faktoren und Push-Faktoren. Als Pull-Faktoren bezeichnen wir Anreize für IOs, zivilgesellschaftliche Akteure in ihren Politikprozess einzubeziehen. Als Push-Faktoren bezeichnen wir Anreize auf Seiten der Zivilgesellschaft, das Engagement in internationalisierte Politiksetzungsprozesse aktiv zu suchen. Diese Faktoren sind also potenzielle *Weichensteller* im Sinne des projektübergreifenden Erklärungsschemas. Die Tabelle 2 stellt die Verteilung von Pull- und Push-Faktoren entlang des Politikzyklus modellhaft dar.

Dieses Modell fasst erklärende Faktoren zusammen, die an verschiedenen Stellen in der empirischen Literatur genannt werden (etwa in Brühl 2003; Clark u.a. 1998; Joachim 2003; Martens 2005; Price 2003), aber bisher nicht umfassend systematisiert worden sind. Augenfällig ist, dass in der Phase der Formulierung und Verhandlung politischer Entscheidungen keine Pull-Faktoren identifiziert werden können. Dem Modell zufolge sollte man in diesen beiden Phasen daher eine Abschottung der IOs nach außen und einen Rückzug auf intergouvernementale Ar-

beitsverfahren erwarten. Wir haben dafür auf Englisch den Begriff eines „intergovernmental core of policy-making“ geprägt (Steffek & Kissling 2006a [17]). In diesen zentralen Phasen des Politikzyklus sollte man außerdem für ZGOs erwarten, dass sie versuchen werden, ihre Marginalisierung innerhalb der IO durch verstärkte Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit außerhalb zu kompensieren. Mit Blick auf die Erklärung der mangelnden Responsivität wäre dem Modell zufolge zu erwarten, dass diese vor allem auf Exklusionstendenzen im Bereich des „intergovernmental core“ beruht (s.a. Dany 2006b [7]).

Tabelle 2: Anreize für ZGO-Beteiligung am Politikprozess von IOs, nach Phasen des Politikzyklus gegliedert

| Faktor Phase | Pull-Faktoren (IOs beziehen ZGOs ein) | Push-Faktoren (ZGOs drängen in IOs) |
|---------------------------------|--|--|
| Agenda-Setting | IOs brauchen ZGO-Informationen zur Identifizierung/Beschreibung neuer Probleme | ZGOs versuchen ihre Themen auf die internationale Agenda zu setzen |
| Recherche/ Analyse | IOs profitieren von Daten und fachlicher Expertise der ZGOs | ZGOs versuchen mit ihren Daten Problemdefinition und Lösungsstrategien zu beeinflussen oder Expertise zu verkaufen |
| Politikformulierung | – | ZGOs versuchen die Wahl der Lösungsstrategie zu beeinflussen |
| Verhandlung und Entscheidung | – | ZGOs versuchen die Entscheidung zu beeinflussen |
| Implementierung der Politik | IOs brauchen ZGOs als Partner bei der Implementierung von Projekten | ZGOs profitieren von finanzierter Auftragsarbeit |
| Monitoring und Evaluation | IOs profitieren von ZGO-Daten zur Implementierung und zum Erfolg ihrer Politik | ZGOs wollen durch <i>Monitoring Compliance</i> sicherstellen |

Dem Modell zufolge kann die Zusammenarbeit von IOs und ZGOs in den anderen Phasen, also Agenda-Setting, Recherche, Implementierung und Evaluation, relativ stark ausgeprägt sein. Dabei ist von Bedeutung, dass die jeweilige Stärke der Pull-Faktoren zwischen verschiedenen IOs variieren kann. So wird etwa der Beratungsbedarf im Bereich Forschung und Analyse möglicherweise durch das Politikfeld bestimmt, in dem die jeweilige IO aktiv ist. Daher könnten die vorgefundenen Unterschiede in der allgemeinen Partizipationsintensität vor allem darauf zurückzuführen sein, dass in bestimmten Typen von IOs besondere Kooperationsanreize im Bereich Agenda-Setting, Recherche, oder aber im Bereich der Projektimplementierung bestehen. Daraus lässt sich hypothesenartig ableiten, dass die Intensität der Beteiligung von ZGOs bei IOs maßgeblich von der Stärke der Pull-Faktoren im Bereich Agenda-Setting, Recherche, Implementierung und Evaluation abhängt. Bei der kritischen Überprüfung des vorgestellten Modells muss vor allem hinterfragt werden, ob die jeweils angenommenen Motivationen auf beiden Seiten wirklich empirisch

vorfindbar sind. Sind beispielsweise ZGOs wirklich in allen Phasen an aktiver Mitarbeit in IOs interessiert? Zudem muss auch die analytische Bedeutung der Phaseneinteilung auf den Prüfstand: es ist zu analysieren, ob es IOs wirklich gelingt, zivilgesellschaftliche Partizipation auf bestimmte Phasen zu begrenzen, oder ob es nicht auch zu „Spill-Over-Effekten“ zwischen Phasen kommen kann.

Wenn es sich in der empirischen Überprüfung als valide herausstellt, so könnte das Modell einen großen Beitrag zur empirischen Erklärung der vorgefundenen Varianz leisten. Es soll deshalb im erklärenden Teil der zweiten Phase überprüft und gegebenenfalls verfeinert werden. Im Hinblick auf die Motivationen der IOs lässt sich dies mit verhältnismäßig geringem Forschungsaufwand bewerkstelligen, da das dazu notwendige Datenmaterial bereits weitgehend vorliegt und im Hinblick auf diese Fragestellung noch ausgewertet werden muss. Die Motivationen der ZGOs wurden in der ersten Phase dagegen nicht erfasst. Somit wird in der zweiten Phase eine vertiefte empirische Analyse von ZGOs notwendig um zu überprüfen, ob die im Modell angenommenen Push-Faktoren empirisch tatsächlich vorfindbar sind. Das vertiefte Studium zivilgesellschaftlicher Organisationen ist auch notwendig, um die Funktionsweise des unteren Abschnittes des in Abbildung 1 modellhaft dargestellten „Transmissionsriemens“ zu überprüfen. An diesem Punkt treffen die Arbeiten an den Forschungszielen 1 und 2 zusammen.

Forschungsziel 2: Analyse der empirischen Arbeitsweisen von ZGOs zur Beurteilung ihrer Legitimität

In der jetzt anstehenden Phase soll die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure auch vor dem Hintergrund der in 3.3.1 ausgeführten demokratietheoretischen Modellannahmen untersucht werden. Inwiefern sind ZGOs selbst legitime Akteure im internationalisierten Regieren? In dieser Hinsicht haben sich in den letzten Jahren vermehrt kritische Stimmen erhoben, die eine oftmals geradezu euphorische Haltung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren in Frage stellen und die Arbeitsweise nicht-staatlicher Akteure aus dezidiert kritischer Perspektive beleuchten (Überblick in Chambers & Kopstein 2001; Collingwood & Logister 2005; siehe auch Walk 2002). ZGOs werden nicht mehr nur als Ausdruck einer potenziell emanzipatorischen Bürgerbewegung angesehen, sondern auch als integraler Bestandteil eines weltumspannenden Kapitalismus und (neo-)liberaler ideologischer Dominanz (Amoore & Langley 2004; Cox 1999; Goonewardena & Rankin 2004; Lipschutz 2005). Andere Kritiker stellen die Repräsentationsleistung von ZGOs in Frage, also ihre Fähigkeit, Bürger und ihre Anliegen zu vertreten (Edwards 2000; Johns 2003; Hirsch 2003; Peeters 2003). Konkret wird ZGOs vorgeworfen, ihre eigenen Mitglieder oder Unterstützer viel zu wenig in die organisationsinterne Entscheidungsfindung einzubeziehen (Warleigh 2001). Gerade die Fälle, in denen Organisationen aus der nördlichen Hemisphäre vorgeben, für Menschen aus Entwicklungsländern

einzutreten, erscheinen in dieser Hinsicht problematisch (Hudson 2000). Es wurde auch behauptet, dass transnational organisierte ZGOs in einigen Fällen gegen den Willen der vor Ort betroffenen Bürger gehandelt hätten (Mallaby 2004).

Ein weiterer Ansatzpunkt kritischer Analysen ist die Tatsache, dass ZGOs durch ihre Aktivitäten stets auch ihr eigenes Überleben finanziell absichern müssen (Bichsel 1996). Diese Notwendigkeit macht sie potenziell verwundbar für die Einflussnahme und Kooptation durch Staaten, internationale Organisationen oder private Wirtschaftsinteressen (Hirsch 2003). Kooptation kann zweifellos die Funktion von ZGOs als unabhängige, kritische Stimmen in der Politik gefährden. So haben Cooley & Ron nachgewiesen, dass ZGOs, die im Auftrag internationaler Organisationen Projekte durchführen, Informationen manipuliert und Berichte über die Erfolge der eigenen Aktivitäten bewusst geschönt haben (2002). Auch haben internationale Organisationen, wie etwa die UNESCO, selbst ZGOs gegründet (Martens 2001). Der *Economist* beschuldigte die Europäische Kommission gar, sich mit Hilfe beträchtlicher Finanzmittel eine eigene pro-europäische Zivilgesellschaft heranzuzüchten, was die Idee der Zivilgesellschaft als Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation auf den Kopf stelle.³ Aus Furcht um die Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft werden auch Tendenzen einer zunehmenden Kontrolle von ZGO-Aktivitäten durch Akkreditierung oder „privilegierte Partnerschaften“ mit internationalen Organisationen kritisch gesehen (Greenwood & Halpin 2005; Niggli & Rothenbühler 2003; als Verteidiger stärkerer Regulierung von ZGOs siehe jedoch Charnovitz 2005; Slim 2002).

Angesichts der zunehmenden Kontroversen um die Rolle von ZGOs im Regieren jenseits des Staates müssen wir uns in der nächsten Projektphase systematisch mit diesen Kritikpunkten auseinandersetzen.⁴ Was in der Literatur nämlich nach wie vor fehlt, ist eine Untersuchung der Arbeitsweisen von ZGOs, die ihre Rolle im internationalen Regieren zwar empirisch, aber dezidiert aus einer demokratietheoretisch informierten Perspektive untersucht. In den Worten von Collingwood & Loggister: „We suggest that the most interesting avenue for further research lies in combining the normative and empirical approaches“ (2005, 186). Es geht uns also auch in der zweiten Projektphase wieder um eine systematisch angelegte Überprüfung theoriegeleiteter Annahmen auf dem Wege der komparativen empirischen Forschung. Wie ist es, so fragen wir, um die Anerkennungswürdigkeit (normative Legitimität) von ZGOs als Akteure in der internationalen Politik bestellt?

Die theoriegeleitete Ausgangsthese ist, dass ZGOs als Verbindungsglied zwischen internationalen Organisationen und Bürgern auftreten, und dabei insbesonde-

³ Europe: A Rigged Dialogue with Society, in: *The Economist*, Bd. 373, Nr. 8398, 23. Oktober 2004, S. 42.

⁴ Dies war im ursprünglichen Antrag für die dritte Phase vorgesehen, soll aber nun angesichts des aktuellen Forschungsbedarfs vorgezogen werden.

re Anliegen und Interessen all jener in den Politikprozess einbringen, die andernfalls kein Gehör finden würden. Empirisch ist nun zu untersuchen, ob die bestehenden ZGOs willens und in der Lage sind, derartige Vermittlungsaufgaben zu übernehmen. Funktionieren sie tatsächlich als Transmissionsriemen zwischen Bürgern und internationalen Organisationen? Welche Rahmenbedingungen bieten die internen Organisationsstrukturen und Entscheidungsprozesse in ZGOs dafür? Unter welchen Voraussetzungen kann ihre Beteiligung an internationalem Regieren als legitim gelten? Zum Zwecke einer solchen Überprüfung haben wir erneut einen Katalog theoriegeleiteter Kriterien entwickelt, der bei der Bewertung der Legitimität der zu untersuchenden zivilgesellschaftlichen Organisationen angelegt werden soll (siehe dazu den Abschnitt „methodische Vorgehensweise“ unten).

| Zweite Phase (2007-2010) | Dritte Phase (2011-2014) |
|---|---|
| Erklärung der bestehenden Muster und Defizite zivilgesellschaftlicher Partizipation. Analyse der Legitimität zivilgesellschaftlicher Organisationen als mögliche Übermittler von Interessen und Anliegen der Bürger in vier Politikfeldern des internationalisierten Regierens. | Analyse der Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure für die Entwicklung einer globalen politischen Öffentlichkeit. Zudem abschließende Bewertung des Legitimationspotentials und Weiterentwicklung erfolgreicher Partizipationsmodelle als Policy-Empfehlungen. |

3.4.2 Untersuchungsmethode

Fallauswahl

In der Fallauswahl strebt das Projekt nach wie vor eine Abdeckung wichtiger Themenfelder der internationalen Politik an. Die vertiefte Untersuchung eines repräsentativen Samples zivilgesellschaftlicher Organisationen aus allen sechs bisher analysierten Politikbereichen ist im Rahmen dieses Projektes nicht zu leisten. Auf der Grundlage unserer Erkenntnisse aus der ersten Projektphase können jedoch zwei Themenbereiche plausiblerweise aus dem Untersuchungsdesign der zweiten Phase ausgeschlossen werden. Im Politikfeld *Entwicklung* findet zivilgesellschaftliche Partizipation vor allem im Bereich der Projektimplementierung vor Ort statt, das heißt direkt in den Entwicklungsländern. Damit fällt eine große Zahl der hier vorgefundenen Beteiligungsmechanismen geographisch aus dem OECD-Bereich, auf den sich der Sfb 597 konzentriert. Außerdem betrifft diese Art von lokaler Partizipation weniger die Formulierung von Politiken, auf die sich unser Projekt konzentriert, sondern vorwiegend Fragen der Implementierung konkreter Entwicklungsprojekte. Im Politikfeld *Währung und Finanzen* gibt es, wie im Bericht dargestellt, allgemein nur sehr wenig Partizipation und folglich auch wenig zivilgesellschaftliches Handeln, bei dem sich Fragen der Akteurslegitimität überhaupt stellen. Die wichtigste Ausnahme sind die Zielland-Konsultationen im Rahmen der Kreditvergabe des IWF, doch diese finden durchweg vor Ort in Entwicklungsländern statt. Aus diesen Gründen haben wir für die zweite Phase die Zahl der zu untersuchenden Politikfelder auf vier reduziert:

- Sicherheit,
- Wirtschaft,
- Umweltschutz und
- Menschenrechte.

In der ersten Projektphase hat sich gezeigt, dass die Europäische Union durch ihre außergewöhnliche Regelungsdichte ein einzigartiges Umfeld für die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an internationalisiertem Regieren darstellt. Innerhalb Europas sind zudem die meisten ZGOs räumlich wesentlich näher an ihren Mitgliedern oder Unterstützern als in globalen Organisationen. Daher gibt es Anlass zu vermuten, dass sich die Arbeitsweisen europäischer ZGOs, die vorwiegend in Brüssel tätig sind, von denen global tätiger ZGOs unterscheiden könnten. Aus demokratietheoretischer Sicht ist zudem von Bedeutung, dass nationalstaatliche Politiken der EU-Mitgliedstaaten gegenüber globalen Organisationen in vielen Fällen zunächst auf europäischer Ebene koordiniert werden (siehe den Fortsetzungsantrag des Sfb-Teilprojektes A1, „Sozialregulierung und Welthandel“). Dementsprechend

Tabelle 3: Politikfelder und institutionelle Kristallisationspunkte von ZGO-Aktivitäten jenseits des Staates

| Politikfeld Themenfeld | Sicherheit | Wirtschaft | Umweltschutz | Menschenrechte |
|---------------------------|-------------------------|---------------------------|----------------------|--------------------------------------|
| Globale Ebene | NATO | WTO | UNFCCC | Menschenrechtskommission der VN |
| EU-Ebene | Rat Außenbeziehungen | Kommission Außenhandel | Kommission Umwelt | Kommission/Rat Asyl und Migration |

werden auch dort Entscheidungen getroffen und Prioritäten gesetzt, die den Staatsbürgern gegenüber von den jeweiligen Entscheidungsträgern gerechtfertigt werden müssen (d.h. von der Kommission bzw. den Regierungsvertretern im Rat). Für die zweite Phase des Projektes B5 bedeutet dies, dass es notwendig ist, in jedem ausgewählten Politikfeld auch die zivilgesellschaftliche Beteiligung auf der europäischen Ebene zu berücksichtigen. Auf der Grundlage dieser Überlegungen ist deshalb die in Tabelle 3 dargestellte Auswahl an Politikfeldern und internationalen Organisationen vorgesehen.

Innerhalb der hier ausgewählten Politikfelder und -ebenen müssen in einem zweiten Selektionsschritt auch ZGOs zur Untersuchung ausgewählt werden. Sie sind ja der eigentliche Untersuchungsgegenstand dieser Projektphase. Voraussetzung für eine repräsentative Auswahl an ZGOs ist jedoch, zunächst einmal systematisch zu untersuchen, welche ZGOs in einem Politikfeld überhaupt aktiv sind, um

die Grundgesamtheit der in Frage kommenden ZGOs zu bestimmen. Bei der Fallauswahl ist zudem zu berücksichtigen, dass es unter ZGOs sehr verschiedene Typen von Organisationen gibt. Aufbauend auf der Sekundärliteratur kann man von folgender Einteilung ausgehen:

- Mitgliederorganisationen,
- Expertenorganisationen und
- Grassroots-Organisationen.

Dabei ist durchaus denkbar, dass sich die verschiedenen Typen von Organisationen in ihren Beteiligungsstrategien bei IOs und auch in ihrer Legitimität systematisch unterscheiden. Als Vorgehensweise erscheint es daher sinnvoll, die im ersten Selektionsschritt ausgewählten IOs zum Ausgangspunkt zu nehmen – sozusagen als Kristallisationspunkt zivilgesellschaftlichen Engagements – und sodann alle zivilgesellschaftlichen Akteure zu erfassen, die bei dieser IO aktiv sind. Erst dann werden jeweils drei näher zu untersuchende ZGOs ausgewählt, und zwar möglichst eine Mitgliederorganisation, eine Expertenorganisation und eine Grassroots-Organisation. Die allgemeine Bestandsaufnahme zivilgesellschaftlichen Engagements ist außerdem wichtig, um festzustellen, welche Bürgerinteressen und welche Weltregionen in einem bestimmten Themenfeld überhaupt durch ZGOs abgedeckt werden (siehe Kriterium 5 im folgenden Abschnitt).

Methodische Vorgehensweise

Demokratiethoretischer Ankerpunkt für die empirische Analyse von ZGOs ist die Forderung, dass ZGOs die Anliegen und Interessen der Bürger in die Beratungsforen des internationalisierten Regierens einbringen sollen. Wie in Abbildung 1 dargestellt, sollten ZGOs aus theoretischer Sicht eine Art Transmissionsriemen sein, der Anliegen und Interessen der Bürger aufnimmt und in die Gremien des internationalen Regierens einspeist. Diese Vermittlungsleistung trägt potenziell zu einer vollständigeren Repräsentation der Bürgerinteressen im internationalisierten Regieren bei. Dies ist freilich eine theoriegeleitete Annahme, die der systematischen empirischen Überprüfung bedarf. Zum Zwecke einer solchen empirischen Überprüfung haben wir erneut einen Kriterienkatalog entwickelt, der unsere theoriegeleiteten Erwartungen operationalisiert und unsere Erwartungen an legitime ZGOs konkretisiert.

(1) *Unabhängigkeit*: ZGOs haben aus demokratiethoretischer Sicht eine besondere Rolle im politischen Institutionengefüge, die strikt von den staatlichen Strukturen abzugrenzen ist. Aus diesem Grund ist empirisch zu untersuchen, ob ZGOs wirklich eine von Staaten bzw. intergouvernementalen Gremien unabhängige Stimme haben. Wir wollen daher überprüfen, ob es sich bei einer ZGO wirklich um einen genuinen Ausdruck gesellschaftlicher Selbstorganisation handelt, oder ob sie

durch einen Staat bzw. internationale Organisationen ins Leben gerufen oder maßgeblich finanziert wird. Ist dies der Fall, so wird die Unabhängigkeit der ZGO durch Kooptation eingeschränkt.

(2) *Zugang*: Um als demokratisch legitim zu gelten, müssen die Entscheidungsträger der ZGOs mit ihren Mitgliedern, Unterstützern und Förderern kommunizieren und ihre Entscheidungen begründen. Je nach Typ der betreffenden ZGO kann dieser Kreis unterschiedlich groß und sehr verschieden zusammengesetzt sein. Bei transnational organisierten ZGOs schließt er oftmals Menschen in vielen verschiedenen Ländern ein. Es wäre in dieser Hinsicht zweifellos überzogen, von allen ZGOs eine hierarchisch aufgebaute Verantwortlichkeitsstruktur analog zu einer Gewerkschaft oder Partei zu erwarten. Im Sinne einer Minimalforderung müssen die untersuchten ZGOs dennoch eine Kommunikation mit Mitgliedern oder Unterstützern ermöglichen, die ihre Anliegen auf die Agenda internationaler Beratungen bringen möchten. Sind ZGOs also in der Formulierung ihrer allgemeinen Ziele und ihrer aktuellen politischen Agenda offen für „Input von unten“?

(3) *Transparenz*: ZGOs verlangen von internationalen Organisationen (zu Recht) einen hohen Grad an Transparenz nach außen. Doch wie ist es um die Transparenz der ZGOs selbst bestellt? Aus normativer Sicht müssen ZGOs ebenfalls transparent sein, also ihre Organisationsstruktur, Anzahl und Art ihrer Mitglieder, ihre Finanzierungsquellen, ihr Budget und ihre politischen Ziele nach außen hin offen legen. Dies bedeutet, dass interessierte Bürger in der Lage sein müssen, schnell und unkompliziert darüber Auskunft zu erhalten.

(4) *Responsivität*: Wir haben in unserer ersten Projektphase von IOs erwartet, dass sie die von ZGOs vorgebrachten Anliegen und Interessen in ihren Politikberatungs- und Entscheidungsprozess aufnehmen. Dieselbe Anforderung wollen wir nun auch an die ZGOs stellen. Lässt sich in vertieften Fallstudien zeigen, dass ZGOs ihre Agenda verändern, wenn dies von ihren Unterstützern oder ihren Mitgliedern gefordert wird? Oder wird die Politik der ZGO allein von einem kleinen Kreis von Funktionären bestimmt?

(5) *Inklusion*: Aus normativer Sicht ist die Gleichheit aller Bürger ein zentrales Prinzip der demokratischen Regierungsform. Dem haben wir bereits in der ersten Projektphase Rechnung getragen, indem wir Mechanismen zur Förderung der Interessenartikulation besonders benachteiligter Gruppen von ZGOs bei IOs analysiert und bewertet haben, sozusagen als ein Hilfsmittel zur Herstellung von Gleichheit. Die Frage der Gleichheit ist auch im Hinblick auf die Legitimität der ZGOs von Bedeutung. Gibt es Anzeichen dafür, dass die Interessen und Anliegen aller potenziell Regelungsbetroffenen durch ZGOs abgedeckt werden, oder sind bestimmte Weltregionen oder gesellschaftliche Sektoren auch in der zivilgesellschaftlichen Artikulation massiv überrepräsentiert? Eine solche Untersuchung wird nur durch eine Bestandsaufnahme aller zivilgesellschaftlichen Organisationen möglich, die in ei-

nem Politikfeld tätig sind. Dazu müssen alle ZGOs erfasst werden, die bei der jeweils relevanten internationalen Organisation aus Tabelle 3 aktiv sind.

Dieser Kriterienkatalog wird im Laufe der nächsten Projektphase sicherlich noch angepasst und im Detail verändert werden müssen. Insbesondere die Frage, welche konkreten Anforderungen an welchen Typ von ZGO zu stellen sind, bedarf noch der Präzisierung. Ebenso müssen im Projektverlauf noch konkrete Schwellenwerte festgelegt werden, die in der empirischen Erhebung erreicht werden müssen, damit von einer Erfüllung der Kriterien und somit von einer „legitimen“ ZGO gesprochen werden kann. Wir werden uns dabei grob an der in Nanz und Steffek **2005a** [1] vorgestellten Vorgehensweise orientieren.

Exkurs: Kooperationspartner

- Deutschland
 - ⇒ Prof. *Michèle Knodt* (TU Darmstadt) und
 - ⇒ Juniorprof. *Tanja Briühl* (Universität Frankfurt a.M.).
- USA
 - ⇒ Prof. *Joshua Cohen* (MIT),
 - ⇒ Prof. *Jürg Steiner* und Prof. *Marco Steenbergen* (University of North Carolina).
- Großbritannien
 - ⇒ Prof. *David Held* (LSE) und
 - ⇒ Dr. *Mathias König-Archibugi* (LSE).
- Italien
 - ⇒ Prof. *Carlo Ruzza* (Universität Trento),
 - ⇒ Dr. *Stijn Smismans* (Universität Trento),
 - ⇒ Prof. *Donatella della Porta* und Prof. *Alexander Trechsel* (EHI Florenz).
- EU-Netzwerke
 - ⇒ Forschungsverbund „New Modes of Governance“ (EU, FP6), koordiniert durch Prof. *Adrienne Héritier* am Europäischen Hochschulinstitut Florenz, und
 - ⇒ „Connex“ (EU, FP6), koordiniert durch Prof. *Beate Kohler-Koch* und Dr. *Barbara Finke* (Universität Mannheim). Das Teilprojekt B5 ist Mitglied in NEWGOV und assoziiertes Mitglied in Connex.

3.4.3 Arbeitsprogramm und Zeitplan

Phasen

Das Gesamtprojekt B5 gliedert sich in drei Phasen. In der Ende 2006 abgeschlossenen *ersten Phase* steht die Erforschung und Analyse institutioneller Arrangements für zivilgesellschaftliche Beteiligung an internationalisiertem Regieren im Mittel-

punkt. Damit wird die demokratische Qualität jener Foren und Prozeduren untersucht, in denen ZGOs und IOs interagieren. In der *zweiten Phase* konzentriert sich das Projekt vorwiegend auf die Organisationsformen und Arbeitsweisen der transnational organisierten Zivilgesellschaft selbst. Unser empirisches Forschungsprogramm soll auch in der *dritten Phase* fortgesetzt werden. Dabei wird die Rolle von ZGOs bei der Herausbildung einer transnationalen politischen Öffentlichkeit im Mittelpunkt stehen, um das in Abbildung 1 dargestellte Modell des Transmissionsriemens auch in der horizontalen Dimension (öffentlichkeitsgenerierende Funktion von ZGOs) abzudecken. Erst dieser Arbeitsschritt wird uns eine abschließende Bewertung des Zuwachses an demokratischer Legitimation durch zivilgesellschaftliche Beteiligung ermöglichen. Zum Abschluss des Gesamtprojektes sollen sodann empirisch informierte Modelle für neue Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation entwickelt werden, etwa in Anknüpfung an besonders erfolgreiche Beteiligungsmechanismen in IOs. Dies zielt auf die Formulierung von Vorschlägen, die politischen Entscheidungsträgern vorgelegt werden können.

Arbeitsschritte

In der zweiten Projektphase werden, wie oben dargestellt, zwei Ziele verfolgt: zum einen die Erklärung bestehender Partizipationsmuster, zum anderen die normative Bewertung zivilgesellschaftlicher Arbeitsweisen. Dementsprechend wird diese Phase zweigeteilt verlaufen. Zunächst sollen im Hinblick auf die geplante Erklärung noch Daten aus der ersten Phase zur Kooperationsintensität in verschiedenen Politikfeldern und Phasen des Politikzyklus aufbereitet werden. Parallel dazu beginnt bereits die Bestandsaufnahme der in den jeweiligen Politikfeldern präsenten ZGOs. Dabei kann das Kriterium der *Transparenz* voraussichtlich für alle ZGOs abgefragt werden. Stellen sie ihre Statuten zur Verfügung? Geben sie uns Auskunft über ihre Mitgliedschaft, ihre Finanzquellen und ihren Haushalt? Angesichts der großen Zahl der in den untersuchten Politikfeldern aktiven ZGOs (u.U. mehr als hundert) wird diese Arbeit einige Zeit in Anspruch nehmen. Diese Bestandsaufnahme verschafft uns die notwendigen Daten für eine Abschätzung der *Inklusivität* der aggregierten ZGO-Beteiligung im jeweiligen Politikfeld. Ein solches Unterfangen rechtfertigt auch eine eigenständige Publikation der Ergebnisse.

Im nächsten Arbeitsschritt werden wir pro Politikfeld und Analyseebene (EU/global) die Arbeitsweise von jeweils drei ZGOs genauer untersuchen. Im Mittelpunkt dieser Analyse werden vor allem die Kriterien *Zugang*, *Responsivität* und *Unabhängigkeit* stehen. Diese Fragestellungen lassen sich nur durch aufwändige Feldstudien vor Ort verlässlich beantworten. Die Studien stützen sich erstens auf Interviews, in deren Fragenkatalog sowohl standardisierte als auch offene Fragen eingehen werden. Zweitens sollen die mit den jeweiligen Studien betrauten Mitarbeiter nach Möglichkeit auch an internen Treffen und Versammlungen der ZGOs teilneh-

men. Drittens soll mit Hilfe einer Dokumentenanalyse erforscht werden, inwiefern sich die festgestellten Praktiken von ZGOs mit der Rolle decken, in der sie sich selbst sehen. Im Projekt werden also insgesamt 24 ZGOs vertieft analysiert. Aus forschungspragmatischen Gründen ist dabei wünschenswert, dass diese Organisationen an den europäischen Fokuspunkten des internationalisierten Regierens (Genf, Brüssel) ausreichend präsent sind. Es kann aber nicht a priori ausgeschlossen werden, dass einige der zu untersuchenden ZGOs ihre internen Beratungen in anderen europäischen Hauptstädten (z.B. London, Berlin oder Paris) abhalten. Daher ist ein Teil der unter 3.8.2 beantragten Forschungsreisemittel zielortunspezifisch ausgewiesen. Sobald das Datenmaterial zu den ZGOs (und somit auch zu den Push-Faktoren) vorliegt, werden wir erstens in der Lage sein, die empirisch-analytische Erklärung von Partizipationsmustern abzuschließen. Außerdem können wir in normativer Perspektive eine Bewertung der vorgefundenen ZGO-Arbeitsweisen vornehmen.

Zeitplan

| Arbeitsschritte | 2007 | | 2008 | | 2009 | | 2010 | |
|---|------|--|------|--|------|--|------|--|
| Auswertung des vorliegenden Datenmaterials zu IOs im Hinblick auf Pull-Faktoren | | | | | | | | |
| Bestandsaufnahme der Grundgesamtheit der in den vier Themenfeldern auf der globalen Ebene tätigen ZGOs | | | | | | | | |
| Bestandsaufnahme der Grundgesamtheit der in den vier Themenfeldern auf der europäischen Ebene tätigen ZGOs | | | | | | | | |
| Publikationsorientierte Auswertung der Bestandsaufnahme und Auswahl repräsentativer ZGOs für die vertiefenden Fallstudien | | | | | | | | |
| Durchführung der vertiefenden Fallstudien von ZGOs aus den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft | | | | | | | | |
| Durchführung der vertiefenden Fallstudien von ZGOs aus den Bereichen Umweltschutz und Menschenrechte | | | | | | | | |
| Kompletierung und Verfeinerung des Erklärungsmodells durch Auswertung der Push-Faktoren auf Seiten der ZGOs | | | | | | | | |
| Auswertung der Ergebnisse in normativer Perspektive und Abfassen der Ergebnispublikationen | | | | | | | | |

3.5 (entfällt)

3.6 Stellung innerhalb des Programms des Sonderforschungsbereichs und Entwicklungsperspektive des Teilprojektes

Das Teilprojekt B5 beschäftigt sich mit folgender Frage: Kommt es durch einen Prozess der „nachholenden Demokratisierung“ des internationalen Regierens zu einer Neukonfiguration von Staatlichkeit in der *Legitimationsdimension*? Im Hinblick auf die Achsen des Wandels werden in diesem Teilprojekt vor allem *Internationalisierungsprozesse* erforscht. Da sich das Teilprojekt mit der möglicherweise legitimationsstiftenden Rolle nicht-staatlicher Akteure befasst, kommen auch etwaige *Vergesellschaftungsprozesse* in der Legitimationsdimension mit in den Blick.

In der ersten Forschungsphase wurde eine nur zögerliche Internationalisierung von Legitimationsprozessen beschrieben, da sich die empirisch vorgefundenen Formen zivilgesellschaftlicher Partizipation überwiegend als wenig demokratisch ausgebildet haben. In der zweiten Forschungsphase sollen nun die Muster und Defizite der beschriebenen Partizipationsarrangements erklärt werden, bevor in diesem Teilprojekt in der dritten Phase die Demokratisierungschancen durch zivilgesellschaftliche Beteiligung abschließend bewertet werden.

Bei der nun anstehenden Erklärung des Wandels von Staatlichkeit befasst sich das Teilprojekt vor allem mit der Rolle von Akteuren und der Bedeutung von institutionellen Dynamiken. Die wirtschaftliche und politische Globalisierung, die als *Antriebskraft* zu einer Übertragung politischer Entscheidungskompetenzen auf die internationale Ebene geführt hat, wird im Teilprojekt nicht direkt untersucht, da sie in der Literatur bereits hervorragend dokumentiert ist (u.a. Castells 1996; Keohane & Nye 1977; Slaughter 2004). Dies gilt auch für die Internationalisierung bzw. Transnationalisierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, die der Verlagerung von Entscheidungskompetenzen in internationale Foren nachfolgte (u.a. Coleman & Wayland 2005; Risse-Kappen 1995; Yanacopulos 2005). Der Wandel von Staatlichkeit, den das Teilprojekt vor diesem Hintergrund erklären will, besteht in der noch zögerlichen und rudimentären Herausbildung demokratischer *Legitimationsformen* jenseits des DRIS, deren Determinanten vorwiegend im Bereich der *Weichensteller* anzutreffen sind. Im Teilprojekt konzentrieren wir uns dabei auf die Charakteristika der Institutionen, in denen zivilgesellschaftliche Partizipation jenseits des DRIS stattfindet (Ergebnisse der ersten Phase) und auf die Interessen der beteiligten *Akteure* (Erhebung der zweiten Phase).

Tabelle 4: Verortung des Teilprojektes B5 im Sfb

| Beschreibung | |
|------------------------------------|--|
| <i>Dimension von Staatlichkeit</i> | Legitimationsdimension (Legitimationsformen) |
| <i>Achse des Wandels</i> | – Internationalisierung (Anlagerung) – Vergesellschaftung (Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure) |
| <i>Korridorentwicklung</i> | nicht anwendbar |
| Erklärung | |
| <i>Antriebskräfte</i> | – institutionell (Internationalisierung) – materiell (Globalisierung) |
| <i>Weichensteller</i> | – Institutionen (Partizipationsformen) – Akteursinteressen (ZGOs und IOs) |

Stellung in der eigenen Säule

Das Teilprojekt fügt sich in die B-Säule des Sfb ein, indem es analog zu B3 („Transnationalisierung EU“) das Potenzial für legitimes Regieren jenseits des Nationalstaates untersucht und verbleibende Legitimationsdefizite internationalisierten Regierens thematisiert. Während in B3 die Entstehung von *politischer Öffentlichkeit* jenseits des Nationalstaates als eine Bedingung für die Internationalisierung demokratischer Staatlichkeit analysiert wird, konzentriert sich unser Teilprojekt B5 auf zivilgesellschaftliche *Partizipation* als mögliche Legitimationsform. Ergänzend dazu untersucht das Teilprojekt B1 („Wandel demokratischer Legitimation“), inwiefern legitimationsstiftende Kennzeichen internationaler Organisationen auch als Argumente in nationalen Legitimationsdiskursen genutzt werden. Die enge inhaltliche Kooperation innerhalb der B-Säule wird in gemeinsamen Veranstaltungen sichtbar, etwa in einem Workshop zur Konzeptionalisierung von Legitimität im Zeitalter globalen Regierens, den die Teilprojekte B1 und B5 gemeinsam organisiert haben; s. zum Ergebnis auch den Band von Hurrelmann, Schneider & Steffek unter 3.3.2 (III.3). Für die zweite Forschungsphase ist zudem eine von allen B-Projekten getragene internationale Fachtagung mit dem Arbeitstitel „Towards an Internationalization of Democracy?“ geplant.

Verbindung zu anderen Sfb-Teilprojekten jenseits der eigenen Säule

Die Entstehung normativ bedeutsamer Elemente in internationalen politischen Institutionen wird auch in anderen Säulen des Sfb untersucht, so dass sich hier wichtige Querverbindungen ergeben. Bereits in der ersten Phase wurde eng zwischen B5 und den Teilprojekten A1 („Sozialregulierung“) und A2 („Streitbeilegung“) kooperiert, wobei die Bedingungen der Herausbildung einer internationalen Rechtsherrschaft im Vordergrund standen. Diese Kooperation ist unter anderem in dem Tagungsband zur Florentiner Konferenz 2004 (Joerges & Petersmann 2006) dokumentiert. Zur

Stärkung dieser säulenübergreifenden Kooperation wird das Teilprojekt B5 im Herbst 2006 im Sfb eine Tagung zum Thema „Staatlichkeit ohne Staat? Bedingungen von Demokratisierung und Konstitutionalisierung jenseits des Staates“ durchführen. Nicht zuletzt kooperiert das Teilprojekt B5 auch mit dem Teilprojekt C4 („Bildungspolitik“), das sich ebenfalls mit Legitimationsaspekten politischer Inter- bzw. Transnationalisierung beschäftigt.

Die *Entwicklungsperspektiven* des Teilprojekts in der dritten Phase (2011-2014) sind oben am Ende des Abschnitts 3.4.3 ausführlicher dargestellt.

3.7 Abgrenzung gegenüber anderen geförderten Projekten

Projekte der Antragsteller mit einem verwandten Zuschnitt werden weder von der DFG noch von anderen Drittmittelgebern gefördert. Der Antragsteller ist allerdings an dem Antrag der Universität Bremen und der International University Bremen auf eine Graduiertenschule (^{BI}GSSS) in der „Ersten Förderlinie“ der „Excellence Initiative by the German Federal and State Governments“ vom September 2005 bzw. April 2006 mit Beiträgen beteiligt, die für den Sfb einschlägig sind.

Literatur

- Amoore, Louise & Paul Langley (2004) Ambiguities of Global Civil Society, in: *Review of International Studies* 30:1, 89-110
- Bichsel, Anne (1996) NGOs as Agents of Public Accountability and Democratization in Intergovernmental Forums, in: William Lafferty & James Meadowcraft, Hg., *Democracy and the Environment. Problems and Prospects*, Cheltenham, Glos.: Edward Elgar, 234-255
- Brühl, Tanja (2003) *Nichtregierungsorganisationen als Akteure internationaler Umweltverhandlungen: Ein Erklärungsmodell auf der Basis der situationsspezifischen Ressourcennachfrage*, Frankfurt a.M.: Campus
- Castells, Manuel (1996) *The Rise of the Network Society*, Oxford: Blackwell
- Chambers, Simone & Jeffrey Kopstein (2001) Bad Civil Society, in: *Political Theory* 29:6, 837-865
- Charnovitz, Steve (2005) Accountability of Nongovernmental Organizations (NGOs) in Global Governance, Konferenzpapier, Conference on Global Administrative Law, NYU Law School, New York, 22.-23. April
- Clark, Ann Marie, Elisabeth J. Friedman & Kathryn Hochstetler (1998) The Sovereign Limits of Global Civil Society: A Comparison of NGO Participation in UN World Conferences on the Environment, Human Rights, and Women, in: *World Politics* 51:1, 1-35
- Coleman, William D. & Sarah Wayland (2005) The Origins of Global Civil Society and Non-Territorial Governance: Some Empirical Reflections, Hamilton, Ontario, Kanada: McMaster University, Institute on Globalization and the Human Condition (GHC Working Papers 05/1)
- Collingwood, Vivien, & Louis Logister (2005) State of the Art: Addressing the INGO „Legitimacy Deficit“, in: *Political Studies Review* 3:2, 175-192
- Cooley, Alexander & James Ron (2002) The NGO Scramble: Organizational Insecurity and the Political Economy of Transnational Action, in: *International Security* 27:1, 5-39
- Cox, Robert W. (1999) Civil Society at the Turn of the Millenium: Prospects for an Alternative World Order, in: *Review of International Studies* 25:1, 3-28
- Edwards, Michael (2000) *NGO Rights and Responsibilities. A New Deal for Global Governance*, London: The Foreign Policy Centre
- Goonewardena, Kanishka & Katharine N. Rankin (2004) The Desire Called Civil Society: A Contribution to the Critique of a Bourgeois Category, in: *Planning Theory* 3:2, 117-149
- Greenwood, Justin & Darren Halpin (2005) The Public Governance of Interest Groups in the European Union: Does Regulating Groups for „Representativeness“ Strengthen Input Legitimacy?, Konferenzpapier, 3rd ECPR General Conference, Budapest, 8.-10. September 2005
- Hirsch, Joachim (2003) The State's New Clothes: NGOs and the Internationalization of States, in: *Rethinking Marxism* 15:2, 238-261
- Hudson, Alan (2000) Making the Connection: Legitimacy Claims, Legitimacy Chains and Northern NGOs' International Advocacy, in: David Lewis & Tina Wallace, Hg., *After the „New Political Agenda“? Non-Governmental Organisations and the Search for Development Alternatives*, Bloomfield, CT: Kumarian Press, 89-97
- Joachim, Jutta (2003) Framing Issues and Seizing Opportunities: The UN, NGOs, and Women's Rights, in: *International Studies Quarterly* 47:2, 247-274
- Joerges, Christian & Ernst-Ulrich Petersmann, Hg. (2006) *Multilevel Trade Governance, Social Regulation and the Constitutionalization of International Trade Law*, Oxford: Hart (i.E.)

- Johns, Gary (2003) The NGO Challenge. Whose Democracy is it Anyway?, Konferenzpapier, American Enterprise Institute, Washington D.C., 11. Juni
- Keohane, Robert O. & Joseph Nye (1977¹) *Power and Interdependence*, Boston: Longman
- Lipschutz, Ronnie D. (2005) The Properties of Transnational Civil Society: Morals, Ethics, Politics?, Konferenzpapier, ECPR General Conference, Budapest, 8.-10. September
- Mallaby, Sebastian (2004) NGOs: Fighting Poverty, Hurting the Poor, in: *Foreign Policy* **2004**:144, 50-59
- Martens, Kerstin (2001) Non-governmental Organisations as Corporatist Mediator? An Analysis of NGOs in the UNESCO System, in: *Global Society* **15**:4, 387-404
- Martens, Kerstin (2005) *NGOs and the United Nations: Institutionalization, Professionalization and Adaptation*, Houndmills: Palgrave Macmillan
- Nanz, Patrizia (2006) *Europolis: Constitutional Patriotism beyond the Nation State*, Manchester: Manchester University Press
- Niggli, Peter & André Rothenbühler (2003) Haben die NGOs ein Legitimitätsproblem?, in: *Global+* Nr. 4 (http://www.alliancesud.ch/deutsch/pagesnav/framesE4.htm?T&T_EkAvHm1.htm)
- Peeters, Marguerite A. (2003) The Principle of Participatory Democracy in the New Europe. A Critical Analysis, Konferenzpapier, American Enterprise Institute, Washington D.C., 11. Juni
- Price, Richard (2003) Review Article: Transnational Civil Society and Advocacy in World Politics, in: *World Politics* **55**:4, 579-606
- Risse-Kappen, Thomas, Hg. (1995) *Bringing Transnational Relations Back In: Non-State Actors, Domestic Structures and International Institutions*, Cambridge: Cambridge University Press
- Slaughter, Anne-Marie (2004) *A New World Order*, Princeton, NJ: Princeton University Press
- Slim, Hugo (2002) By What Authority? The Legitimacy and Accountability of Non-Governmental Organisations, Konferenzpapier, The International Council on Human Rights Policy, Genf, 10.-12. Januar
- Walk, Heike (2002) Global Governance. Hoffnung und Ernüchterung in der Internationalen Klimapolitik, Berlin: Technische Universität, Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG Discussion Paper Nr. 04/02)
- Warleigh, Alex (2001) "Europeanizing" Civil Society: NGOs as Agents of Political Socialization, in: *Journal of Common Market Studies* **39**:4, 619-39
- Yanacopulos, Helen (2005) Patterns of Governance: the Rise of Transnational Coalitions of NGOs, in: *Global Society* **19**:3, 247-266